

Das mühsame Geschäft mit der Wasserkraft

Energie Die Mühlbauern klagen über den mangelnden Rückhalt der Politik. *Von Rüdiger Bäßler*

Am Pfingstmontag wird wieder der deutsche Mühlentag begangen. Dann bestaunen Familien uralte Anlagen und zeigen den Kindern, wie früher der Müller zum Mehl kam.

Julian Aicher wird allerdings keine Zeit haben, Interessenten an die Hand zu nehmen und sie durch seine Rotismühle bei Leutkirch (Kreis Ravensburg) zu führen, die 1414 erstmals urkundlich erwähnt wurde. Die immer mal wieder modernisierte Anlage läuft noch, ihre zwei Turbinen liefern verlässlichen Strom. In hervorragenden Jahren mit stabilen Wasserständen hier am Flüsschen Ach laufen schon mal 70 000 Kilowattstunden zusammen. Abnehmer sind für 7,67 Cent pro kWh die Lechwerke in Augsburg.

Das Dumme ist, dass es auch schwache Jahre gibt oder eines wie jetzt gerade, wo gar nichts läuft. Der Grund ist, dass ein oberhalb der Rotismühle gelegenes, über 100 Jahre altes Wehr saniert werden muss. Die zuständigen Wasserschutzbehörden betrachten so etwas stets als einen Eingriff, der höchste Kontrollaktivitäten nötig macht. Wasserbauer Aicher hat bereits ein Umgehungsgewässer für Fische gebaut, als nächstes wird er einen Wissenschaftler beauftragen müssen, die Wirksamkeit des Fischpasses zu dokumentieren. Anschließend wird der Fischereibeauftragte des zuständigen Regierungspräsidiums alles in Augenschein nehmen. Dann heißt es Daumen drücken, dass die Investition nicht umsonst war.

„Wir fühlen uns manchmal als Exoten behandelt.“

Stromerzeuger Julian Aicher über den Umgang mit Politik und Behörden.

mehrerer geplagter Kollegen, die von den Einkünften der Stromerzeugung nicht annähernd leben können. Aicher ist auch noch Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg, dessen neu gewählter Vorsitzender Axel Berg hat im politischen Berlin gerade einen flammenden Appell verbreitet, der Wasserkrafterzeugung mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) geben der Wasserkrafterzeugung den Rechtsrahmen. Das EEG, so Verbandschef Berg, mache Neubauten von Wasserkraftwerken faktisch unmöglich, weil es keine Vergütung bei neuen Querbauwerken vorsehe; das WHG nennt er geradezu „diskriminierend“, weil es den Schutz der Fischpopulation über alles stelle.

Dabei sind nach Ansicht des Verbandes Querbauwerke nicht die Ursache für schwindende Fischbestände, sondern die Begradigung und Ausräumen der Hauptgewässer. Abgelegter Fischlaich werde abgeschwemmt, permanenter Sedimenteintrag verfülle schützende Lücken, alte Laichgründe wie Wiesenentwässerungsgräben seien längst zugeschüttet.

Für Berg ist die Wasserkraft, politisch gewollt, „gedeckt“, das EEG 2014 komme einem „Neubauverbot“ gleich. Das passe nicht mit dem Ziel der Bundesregierung zusammen, die erneuerbaren Energien auszubauen.

Einer, der von den Stromerlösen tatsächlich die Familie ernähren kann, ist Hubert Winter aus dem Örtchen Beutelsau bei Wangen (Kreis Ravensburg). Das liegt daran, dass er gleich drei Kraftwerke mit



In Wangen-Beutelsau steht ein modernes Turbinenhaus zur Stromerzeugung. Ein „Fischpass“ (unten links) sichert die Fischwanderung.



Julian Aicher (links) ist Kraftwerksbetreiber aus Leidenschaft; leben kann er von den Stromeinkünften nicht. Hubert Winter, der gerade die Neumühle am Fluss Argen umrüstet, ist dagegen waschechter Stromunternehmer. Reich, sagt er, werde er aber wohl nicht. *Fotos: Bäßler*



DIE WASSERKRAFT HAT IHRE HAUPTROLLE LÄNGST VERLOREN

Rückgang In Baden-Württemberg arbeiten aktuell rund 1700 Wassertriebwerke. Im Jahr 1895 hingegen waren allein im Königreich Württemberg 3915 Wassermühlen an der Arbeit.

Industriefaktor Damals, vor weit mehr als hundert Jahren,

stammte knapp die Hälfte der Antriebsenergie für Gewerbe und Industrie im Königreich Württemberg aus der Wasserkraft – und nicht aus der Dampfkraft.

Kriegsende Laut einer Studie im Auftrag der amerikanischen und französischen Mili-

tärregierungen gab es 1946 in Württemberg (ohne Baden und Hohenzollern) noch 3300 Wasserkraftanlagen.

Verbauung Bundesweit sind heute 8000 Wasserkraftanlagen in Betrieb. Zudem gibt es rund 100 000 „Querbauten“ wie Wehre und Schleusen. *rub*

einer Gesamtleistung von zwölf Millionen Kilowattstunden betreibt. Die Anlagen sind ein Erbe der Eltern, die einst Müller am Fluss Argen waren. Winter zeigt gerade, wie es möglich ist, durch eine Umrüstung alter Anlagen auf moderne Turbinen und eine ausgeklügelte elektronische Steuerung die Stromleistung zu verdoppeln. Neben seinem Wohnhaus hat er ein ganz neues Turbinenhaus gebaut. Den Gebäudeplan hat er aus Kostengründen selber entworfen, das Häuschen ähnelt einer Kapelle. „Man weiß ja nie, wann man schnell mal be-

ten muss“, sagt der Energieunternehmer mit einem Lachen.

Ein paar Kilometer oberhalb des Häuschens hat Winter ein Wehr modernisiert; der dort eingebaute Fischpass zeigt, dass es ihm Ernst ist mit dem Natur- und Artenschutz. Ohne Einklang mit Naturschützern, sagt Winter, könne er sowieso nicht arbeiten. Alle vierzehn Tage setzt er sich mit ökologischen Interessenvertretern zusammen, und dann reden sie über Mikroorganismen im Fließwasser oder die Gefahren steigender Wassertemperaturen

durch Kraftwerke und wie sie gebannt werden können.

Der Redebedarf ist gerade besonders groß, weil Unternehmer Winter – noch einige weitere Kilometer die Argen hinauf – eine weitere alte Anlage ertüchtigt. Es ist die Neumühle aus dem Jahr 1870. Die alte Turbine ist stillgelegt, an ihre Stelle ist ein Neubau getreten. Am zugehörigen Stauwehr dröhnen die Bagger. Ein Umgehungsgewässer für Fische hat es hier nie gegeben, jetzt aber lässt Hubert Winter einen „Fischlift“ bauen. Die Tiere schwimmen in einen Behälter, durch die regelmäßige Flutung eines Schachts per elektronischer Steuerung gelangen die Tiere über das Hindernis. Das wissenschaftliche Monitoring der Anlage steht aber noch aus.

Zweieinhalb Millionen Euro kostet Unternehmer Winter die Umrüstung. Im Gegenzug soll sich auch die Stromleistung der Neumühle verdoppeln. Theoretisch könnten das viel mehr Wasserkraftbetreiber ähnlich machen, sagt Julian Aicher am Ende der Flussfahrt. Aber es sei wohl klar, weshalb so wenige den Mut fänden.

Rheinhausen

Abhörstation verliert die Tarnung

Seit dem Bekanntwerden des NSA-Skandals wird auch über die Geheimdienst-Abhörstation im badischen Rheinhausen im Ortenaukreis diskutiert. Nun beendet der Bundesnachrichtendienst (BND) zumindest teilweise die Geheimniskrämerei um die Station mit ihren gut sichtbaren weißen Satellitenschüsseln. Die Einrichtung, die bisher Ionosphäreninstitut hieß und deren Träger über Jahrzehnte geheim gehalten wurde, trägt künftig den Titel BND-Station. Sie erhalte ein Schild „Bundesnachrichtendienst“ und werde damit offiziell Teil des Geheimdienstes. An was dort gearbeitet werde, bleibe aber ebenso geheim wie andere Details zu der Einrichtung.

Im Rahmen einer Transparenzoffensive wolle der BND künftig auf Tarnbezeichnungen verzichten, sagte ein Sprecher der Behörde. In der Vergangenheit wurden für solche Lauschstationen Legenden wie „Fernmeldeweiterverkehrsstelle der Bundeswehr“ oder eben „Ionosphäreninstitut“ verwendet. Rheinhausen ist den Angaben zufolge die einzige offizielle BND-Außenstelle in Baden-Württemberg. Vier weitere sind in Bayern, eine in Niedersachsen. Auch sie werden nun entsprechend gekennzeichnet. *lsw*

Villingen-Schwenningen

Razzia gegen Rocker

Nach Buttersäure-Anschlägen auf mehrere Tattoo-Studios hat die Polizei vier Tatverdächtige gefasst. Die 20 bis 53 Jahre alten Männer gehören der regionalen Rockerszene an, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Freitag in Villingen-Schwenningen mit. Mit den Anschlägen wollten sie laut Polizei unliebsame Konkurrenz vom Markt verdrängen. Die vier Verdächtigen seien zwar wieder auf freiem Fuß, blieben aber im Fokus der Ermittlungen, hieß es.

Die Rocker aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis und dem Kreis Konstanz stehen im Verdacht, 2012 und 2013 mehrere Anschläge auf konkurrierende Tattoo-Studios in der Region verübt zu haben. Dabei sollen sie Steine und mit Buttersäure gefüllte Flaschen durch die Scheiben in die Studios geworfen haben. Zudem sollen sie die Geschäftsinhaber massiv eingeschüchtert haben. Die Taktik hatte Erfolg: Zumindest vorübergehend stellten mehrere Studio-Inhaber ihren Betrieb ein. *lsw*

Kurz berichtet

Immendingen

Räuber nach Flucht gefasst

Ein mutmaßlicher Post-Räuber ist knapp drei Stunden nach seiner Flucht vor der Polizei wieder gefasst worden. Eine Frau habe den 49-Jährigen in Immendingen (Kreis Tuttlingen) gesehen und die Beamten alarmiert, teilte die Polizei mit. Nach einer kurzen Verfolgung sei der Mann widerstandslos festgenommen worden. Der 49-Jährige soll am Dienstag eine Postfiliale in Immendingen überfallen haben. Am Tag darauf wurde er festgenommen. Um die Tat rekonstruieren zu können, sei der 49-Jährige am Freitag noch einmal an den Tatort gebracht worden. Dabei sei er zu Fuß in einen kleinen Wald geflohen. *lsw*

Ilsfeld

Giftige Dämpfe

Bei einem Chemieunfall in einem Transportunternehmen in Ilsfeld (Kreis Heilbronn) sind am Freitag 21 Beschäftigte verletzt worden. Aus einem Kanister war Ätznatron ausgetreten, so die Polizei. Die Arbeiter atmeten giftige Dämpfe ein und klagten danach über Atemnot und Übelkeit. Zum Unfallzeitpunkt seien 67 Menschen in dem betroffenen Gebäude gewesen. Ein Großaufgebot an Rettungskräften rückte an und evakuierte die gefährdeten Räume. Einige Verletzte kamen in eine Klinik. *lsw*

Heidelberg

Explosion in Restaurant

Eine Druckwelle und splinternde Scheiben: In der Heidelberger Innenstadt sind bei einer Explosion in einem indischen Restaurant mehrere Menschen schwer verletzt worden. „Momentan gehen wir von einem Unglücksfall aus und nicht von einer Straftat“, sagte ein Polizeisprecher am Freitagabend. Es soll neun Verletzte gegeben haben, darunter fünf Schwerverletzte. Nach ersten Ermittlungen der Kripo hängt das Unglück möglicherweise mit der zum Kochen benutzten Gasversorgung zusammen. *lsw*

Kontakt

Redaktion Baden-Württemberg

Telefon: 0711/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Der spektakuläre Sturz des Landrats Tilman Bollacher

Waldshut Der alte Kreistag setzt den CDU-Mann überraschend ab. Die Wahl wurde vor Gericht durchgesetzt. *Von Wolfgang Messner*

Für seinen Weg zu Fuß zum Büro in Waldshut braucht Tilman Bollacher seit Donnerstag früh doppelt so lange wie bisher. Immer wieder sprechen ihn Passanten an. Zu seiner Arbeit kommt er kaum noch. Denn ständig klingelt das Telefon oder er muss eine der hundert Mails beantworten, die ihn täglich erreichen. Bollacher, Landrat in Waldshut, ist gefragt wie nie zuvor. Aber eben deswegen, weil er das genau nicht mehr lange sein wird: Landrat des Landkreises Waldshut.

Am Mittwoch hatte ihn der alte Kreistag spektakulär im dritten Wahlgang gestürzt und den völlig unbekanntem parteilosen Kreisrat Martin Kistler zum Nachfolger gewählt. Der Rechtsanwalt und Baurechtsexperte erhielt 26 Stimmen; er sitzt seit 2009 für die FDP in dem Gremium. Bollacher kam bei zwei Enthaltungen auf 20 Stimmen. Eine Phalanx aus SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern hatte den 50-jährigen

aus dem Amt gekippt. Auch von den 20 Christdemokraten scheinen ihm nicht alle gefolgt zu sein. Die 35 Einzelgespräche, mit denen er die Volksvertreter für sich einnehmen wollte, hatten nichts gefruchtet.

Von Seiten der SPD, den Grünen und von Teilen der Freien Wähler wurde Stimmung gegen Bollacher gemacht, wissen Insider. „Die SPD wollte hier Parteipolitik betreiben“, empört sich einer, „man wollte ihn einfach weghaben.“ Die Wahl war erst am Tag zuvor von dem Verwaltungsgericht Freiburg durchgesetzt worden, nachdem sie zunächst durch das Regierungspräsidium Freiburg untersagt worden war, weil angeblich erst der neue Kreistag die nötige Legitimation zur Wahl habe.

Eine vergleichbare Abwahl hatte es bisher im Land nur 1981 gegeben, als im Zollernalbkreis Erhard Lazi gescheitert war. Bollachers Amtsvorgänger Bernhard Wütz (CDU) hatte von 1980 bis 2006 regiert. Eine

Wiederwahl eines Landrates ist bei den von Kritikern als „Kungelwirtschaft“ abgestempelten Abstimmung in der Regel kein Problem. Durch parteipolitische Allianzen stünden die Wahlsieger schon vorher fest.

Auch weil die CDU in den Kreistagen meist die Mehrheit hat, wollte die grün-rote Landesregierung eine Direktwahl der Landräte einführen. Das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag wird allerdings vorerst auf die lange Bank geschoben. Man wolle abwarten, bis das Gesetz zur kommunalen Bürgerbeteiligung durch sei, sagte ein Sprecher von Innenminister Gall (SPD) dazu.

Warum aber ist ausgerechnet Bollacher abgewählt worden? Diese Frage beschäftigte die gut 160 000 Bürger des ländlich geprägten Kreises. Die Antwort lautet schlicht: nichts genaues weiß man nicht. Es scheint so, dass Bollacher von Seiten der Bürgermeister im Rat den größten Widerstand erfahren hat. Hier soll es atmosphärische Störungen gegeben haben, Bollacher

wird Arroganz und Unnahbarkeit vorgeworfen. Er selbst will das nicht glauben. Er sei stets ansprechbar und auf Konsens bedacht gewesen, sagt er. In der Tat hatte es der gebürtige Ludwigsburger geschafft, die

Region in der Streitfrage A 98 zu einen. Auch bei der strittigen Krankenhausfusion hatte er eine tragfähige Lösung gefunden. Negativ ausgelegt wurde ihm aber eine kurzzeitige Sympathie für den neuerlichen Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz.

Von Bollachers Nachfolger ist wenig bekannt. Der 38-jährige Kistler ist stellvertretender Bürgermeister von Dogern. Er soll bei den Eltern wohnen. Im Kreistag trat er in Erscheinung, wenn er für die FDP die Haushaltsrede hielt. Jetzt treibt ihn „die Frage um, wie der Landkreis in 20 Jahren aussehen soll“. Der Erhalt der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sei „die zentrale Herausforderung der Zukunft.“ Für die Verwaltungsarbeit bringe er einen „langen Atem“ mit, verspricht er.



Tilman Bollacher: Fallen gelassen von den Bürgermeistern? *Foto: StZ*